

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat**Interfraktionelles Postulat SVP, BDP/CVP, FDP (Rudolf Friedli, SVP/Philip Kohli, BDP/Claudio Fischer, CVP/Christoph Zimmerli, FDP): Die alarmierende Zunahme der Verschuldung muss gebremst werden; Fristverlängerung**

In der Stadtratssitzung vom 10. Dezember 2015 wurde Punkt 1, des als dringliche interfraktionelle Motion eingereichten Vorstosses, mit SRB 2015-541 als Postulat erheblich erklärt. Punkt 2 des Vorstosses wurde hingegen abgelehnt:

Zwischen 2004-2013 hat sich die Verschuldung der Stadt Bern um fast CHF 875 Millionen (bzw. um rund 54%) auf rund CHF 2,5 Milliarden erhöht. Im Rechnungsjahr 2014 konnten die Schulden auf rund CHF 2.368 Milliarden reduziert werden und bereits sah sich der Gemeinderat veranlasst, in seinem Jahresbericht 2014 zu schreiben, dass „die Schulden im Griff sind“ (Band 1, S. 12). Damit verkennt der Gemeinderat die Realität, denn es besteht keinerlei Grund für derart schönfärberische Aussagen: Der Gemeinderat selber hat im IAFP 2016-2019 festgehalten, dass die erwarteten Defizite bzw. grosser Nachholbedarf bei den Investitionen in den vernachlässigten Unterhalt die Schulden in diesem Planungshorizont um je CHF 50 Millionen erhöhen werden. Damit entwickelt sich die Verschuldung ungebremst in jene Richtung, welche der Gemeinderat bereits früher skizziert hatte: Im Jahr 2025 ist mit einem Schuldenstand von rund CHF 3 Milliarden zu rechnen. Somit werden sich die Schulden der Stadt Bern dannzumal innerhalb von 20 Jahren fast verdoppelt haben! Die bisherige und die erwartete Entwicklung der Verschuldung sind somit nicht nur äusserst besorgniserregend, sondern geradezu alarmierend. Sie muss mit griffigen Instrumenten und Massnahmen unbedingt und rasch gestoppt werden, denn bekanntlich sind „die Schulden von heute die Steuern von morgen“; der Druck auf künftige Steuererhöhungen ist damit bereits programmiert. Zudem schränkt eine überaus hohe Verschuldung den politischen Gestaltungs- und Handlungsspielraum der heutigen und der kommenden Generation generell massiv ein. Dabei ist auch das Zinsänderungsrisiko nicht zu unterschätzen: Erhöht sich das heute historisch tiefe Zinsniveau auch nur um 0.5 Prozentpunkte, führt dies beim aktuellen Schuldenstand zu zusätzlichen und wiederkehrenden Verzinsungskosten von rund CHF 12 Millionen.

Der Gemeinderat wird deshalb mit dieser Motion verpflichtet,

1. in einem Bericht an den Stadtrat
 - a) eine (finanz)politische Würdigung der bisherigen und der erwarteten Entwicklung der Verschuldung vorzunehmen,
 - b) das politische und rechtliche Instrumentarium darzustellen, welches heute für die Beeinflussung der Schuldenentwicklung zur Verfügung steht,
 - c) dazu Stellung zu nehmen, weshalb sich die Verschuldung trotz des bestehenden Instrumentariums in der beschriebenen Weise entwickelt,
 - d) seine Vorstellungen darzulegen, was er gegen die erwartete weitere Zunahme der Verschuldung zu unternehmen gedenkt.
2. dem Stadtrat eine Vorlage zur Einführung einer vergleichbaren Schuldenbremse zu unterbreiten, wie sie bereits heute z.B. der Bund und der Kanton Bern kennen.

Bern, 15. Oktober 2015

Erstunterzeichnende: Rudolf Friedli, Philip Kohli, Christoph Zimmerli, Claudio Fischer

Mitunterzeichnende: Kurt Rügsegger, Alexandra Thalhammer, Claudio Fischer, Jacqueline Gafner Wasem, Alexander Feuz, Roger Mischler, Manfred Blaser, Hans Ulrich Gränicher, Barbara Freiburghaus, Bernhard Eicher, Mario Imhof, Dannie Jost, Kurt Hirsbrunner, Hans Kupferschmid, Andrin Soppelsa, Michael Daphinoff, Lionel Gaudy

Bericht des Gemeinderats

Der Schuldenbericht ist in weiten Teilen bereits erstellt und wird die vom Stadtrat gewünschte Gesamtschau der bisherigen und der zu erwartenden Entwicklung der Verschuldung des Finanzhaushalts der Stadt enthalten. Der Gemeinderat möchte das Jahresergebnis 2016 und vor allem die Mittelfristige Investitionsplanung 2018 - 2025 ebenfalls im Bericht berücksichtigen. Letztere hat einen ganz entscheidenden Einfluss auf die zu erwartende Entwicklung der künftigen Verschuldung der Stadt. Angesichts der anstehenden Investitionen und dem damit drohenden starken Schuldenanstieg ist zu erwarten, dass dieses Thema die Finanzpolitik der kommenden Legislatur ganz entscheidend prägen wird. Vor diesem Hintergrund erachtet der Gemeinderat es als sinnvoll, den Schuldenbericht zu Beginn der neuen Legislatur verabschieden zu lassen, wenn die neuen Legislaturrichtlinien ausgearbeitet und verabschiedet werden. Aus diesen Überlegungen beantragt der Gemeinderat eine Fristverlängerung für die Vorlage des Schuldenberichts bis am 30. Juni 2017.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Interfraktionellen Postulat SVP, BDP/CVP, FDP (Rudolf Friedli, SVP/Philip Kohli, BDP/Claudio Fischer, CVP/Christoph Zimmerli, FDP): Die alarmierende Zunahme der Verschuldung muss gebremst werden; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2017 zu.

Bern, 30. November 2016

Der Gemeinderat